

Wahlmanifest der SPD Rhein-Neckar zur Bundestagswahl 2009

- beschlossen von der Kreismitgliederversammlung am 11. Dezember 2008 in
Leimen -

Empfänger: Landesparteitag, Bundesparteitag

1 **Unsere Kernforderungen für ein Regierungsprogramm zur** 2 **Bundestagswahl 2009**

3 4 **Wir wollen Chancengleichheit durch Bildung!**

5 Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wir sagen: Keine
6 Studiengebühren für das Erststudium! Lernmittelfreiheit! Stipendien ausbauen!
7 Länger gemeinsam Lernen! Bessere und mehr frühkindliche Bildung!

8 9 **Wir wollen Gute Arbeit!**

10 Wir wollen einen allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn, der von einer
11 unabhängigen Kommission festgelegt wird. Wir brauchen darüber hinaus neue
12 Konzepte, damit sich Arbeit mehr lohnt und ausreicht, auch eine Familie zu
13 ernähren. Wir setzen uns für die Sicherung und Stärkung der Tarifautonomie ein.

14 15 **Wir wollen mehr Steuergerechtigkeit und Steuerehrlichkeit!**

16 Eigentum verpflichtet, diesen Grundgesetzartikel gilt es, mit neuem Leben zu
17 erfüllen. Starke Schultern tragen mehr als Schwache. Die aktuellen Fälle aus
18 Liechtenstein werfen dunkle Schatten auf die so genannte Elite unserer Wirtschaft.
19 Wir fordern mehr Personal und Engagement in der Verfolgung von Steuerdelikten.
20 Es darf kein Nachlassen in den internationalen Verhandlungen zur Schließung von
21 Steuerschlupflöchern geben.

22 Wir wollen eine Begrenzung von Managergehältern und Abfindungen.

23 24 **Wir wollen eine Wirtschaft, die den Menschen dient!**

25 Die Wirtschaft ist für die Menschen da, nicht umgekehrt. Wir sind für Gewinne, sie
26 sind aber kein Selbstzweck: Eigentum verpflichtet. Arbeitnehmerinnen und
27 Arbeitnehmer sollen einen gerechten Anteil an den Früchten ihrer Arbeit haben.
28 Wir treten ein für mehr Beteiligung am Haben (Mitarbeiterbeteiligung) und Sagen
29 (Mitbestimmung).

30 Subventionen einstecken und dann die Firma verlagern - das können wir nicht
31 länger zulassen. Und Betriebsverlagerungen als Betriebsausgaben steuerlich geltend
32 machen, bedeutet, dass wir gleich noch einmal als Gemeinwesen dafür zahlen, dass
33 Arbeitsplätze vernichtet werden. Wir fordern eine gesetzliche Regelung, die beides
34 künftig ausschließt.

35 Manager sollen für Fehlentscheidungen gerade stehen. Wir wollen internationale
36 Standards für eine stärkere persönliche Haftung, die sowohl ihrer
37 unternehmerischen als auch der gesellschaftlichen Verantwortung Rechnung
38 tragen. Dem Neoliberalismus muss eine klare Absage erteilt werden. Alles was der
39 Daseinsvorsorge dient, darf nicht privatisiert werden oder die Privatisierung muss
40 rückgängig gemacht werden.

41 42 **Wir setzen weiter auf die ökologische Erneuerung!**

43 Es bleibt beim Atomausstieg. Unsere Zukunft liegt in erneuerbaren Energien. Deren
44 Erforschung und ihren Einsatz wollen wir stärker fördern. Daneben gilt es, die
45 Energieeinsparung weiter zu unterstützen.

46
47 **Wir wollen mehr zum Leben für die Ärmsten!**

48 351 Euro (für Sozialgeld/Arbeitslosengeld II-EmpfängerInnen) sind zu wenig, vor
49 allen in Ballungsräumen. Wir brauchen eine maßvolle Erhöhung der Regelsätze. Wir
50 wollen neu darüber nachdenken, ob auf dem flachen Land und in den Großstädten
51 wirklich ein einheitlicher Satz gelten kann, wenn gleichzeitig die
52 Lebenshaltungskosten so weit auseinander klaffen. Sozialleistungen sollen sich in
53 ihrer Entwicklung an der allgemeinen Einkommensentwicklung orientieren. Und
54 Kinder dürfen nicht länger zur Armutsfalle für Familien werden.

55
56 **Wir setzen auf Solidarität in der Tätigkeitsgesellschaft!**

57 Menschen, die Kinder, Kranke oder Alte versorgen, betreuen oder bilden sollen
58 stärker gefördert werden. Dies wäre ein großer Schritt in Richtung einer
59 Tätigkeitsgesellschaft, die den engen Arbeitsbegriff der Erwerbsarbeitsgesellschaft
60 überwindet und alle sinnvollen Tätigkeiten umfasst und gleich behandelt.

61
62 **Wir wollen gerechte und stabile Sozialversicherungen!**

63 Wir wollen die Bürgerversicherung. Alle zahlen entsprechend ihrem Einkommen
64 ein. Alle Einkommensarten werden berücksichtigt. Alle Sozialversicherungen
65 werden einbezogen. Der steuerfinanzierte Anteil in den Sozialversicherungen soll
66 steigen.

67 Ein starres Renteneintrittsalter hat keine Zukunft. Wir wollen rechtzeitig über
68 flexible Lösungen nachdenken, die der arbeitenden Bevölkerung mehr Freiheit und
69 Selbstbestimmung ermöglichen, ohne sie zu überfordern. Wer 45 Beitragsjahre
70 geleistet hat, soll unabhängig vom Alter abschlagsfrei in Rente gehen können.

71
72 **Wir wollen eine echte Balance zwischen Freiheit und Sicherheit!**

73 Wir wollen den Schutz der Privatsphäre der Bürger. Mit technischen
74 Überwachungsmöglichkeiten muss umsichtig umgegangen werden. Überwachungs-
75 maßnahmen dürfen nur nach richterlichen Entscheidungen durchgeführt werden.

76
77 **Wir definieren Deutschland als Friedensmacht.**

78 Wir gewinnen den Frieden nur durch mehr Gerechtigkeit weltweit. Wir wollen mehr
79 Entwicklungszusammenarbeit (0.7 % des BIP) . Wir wollen, dass protektionistische
80 Schutzvorkehrungen, durch die sich die Industrieländer abgeschottet haben, für
81 alle Seiten sozial verträglich abgebaut werden.

82 Militärische Einsätze akzeptieren wir nur als letztes Mittel und nur im Rahmen der
83 Vereinten Nationen. Wir wollen neue Konzepte und mehr Anstrengung in der
84 Konfliktvermeidung, die die Ursachen von künftigen Konflikten, beispielsweise den
85 Kampf um knappe Ressourcen wie Wasser oder die globale Umweltkrise,
86 bekämpfen.

87 Wir setzen uns dafür ein, dass der Export von Waffen und anderen Rüstungsgütern
88 eingeschränkt und stärker kontrolliert wird.

89

90 **Begründung**

91

92 **Innovativ, gerecht, friedensstiftend, nachhaltig: Soziale Demokratie im 21.**
93 **Jahrhundert**

94

95 Innovation und Gerechtigkeit, Erneuerung und Zusammenhalt – die SPD war immer
96 stark, wenn sie nach vorne gedacht hat und sich und ihren Grundwerten dabei treu
97 geblieben ist. Den Bundestagswahlkampf 2009 wollen wir deshalb nutzen, die
98 besten Zukunftsideen zu entwickeln und breit zu diskutieren. Je stärker uns dies
99 gelingt, umso mehr werden der traditionelle Strukturkonservatismus von
100 CDU/CSU und die Marktradikalität der FDP zu Tage treten.

101
102 Gleichzeitig geht es um die Erkennbarkeit des Profils der SPD als Partei der
103 Sozialen Gerechtigkeit. Mit dem Begriff der „Reform“ sollen sich wieder
104 Hoffnungen verbinden. Unsere Politik muss erkennbar für mehr Gerechtigkeit
105 sorgen. Damit erreichen wir neues Vertrauen. Wir wollen, dass möglichst Viele von
106 den Chancen der Globalisierung profitieren. Wir stehen für eine faire Gesellschaft
107 und dafür, dass gerade auch Menschen, denen es gut geht, an ihre Verantwortung
108 für unser Gemeinwesen erinnert werden. Gerechtigkeit und Sicherheit für
109 Arbeitnehmerinnen, Arbeitnehmer und ihre Familien müssen mit notwendigen
110 Strukturveränderungen verknüpft werden. Das Hamburger Programm hat hierfür
111 unser umfassendes Verständnis von Sozialpolitik beschrieben: vorsorgend und
112 nachsorgend. Dabei ist auch unser Verständnis von Gerechtigkeit umfassend: Wir
113 wollen mehr Verteilungsgerechtigkeit: Armut braucht eine Grenze und Reichtum
114 ein Maß. Wir wollen Generationengerechtigkeit: Bildungs- und Berufschancen für
115 die Jungen, Versorgungssicherheit für die ältere Generation, Umwelt- und
116 Ressourcenschonung für die Nachkommenden. Und Gerechtigkeit macht nicht an
117 Grenzen halt.

118
119 „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts“, schrieb Willy Brandt.
120 Ist die Idee von der Friedensmacht Deutschland etwa veraltet? Wir meinen, dass es
121 sich lohnt, über neue Konzepte und mehr Anstrengung in der Konfliktvermeidung
122 nachzudenken und die Ursachen von künftigen Konflikten, beispielsweise den
123 Kampf um knappe Ressourcen wie Wasser oder die globale Umweltkrise, rechtzeitig
124 zu bekämpfen, um Gewaltausbrüche zu vermeiden.